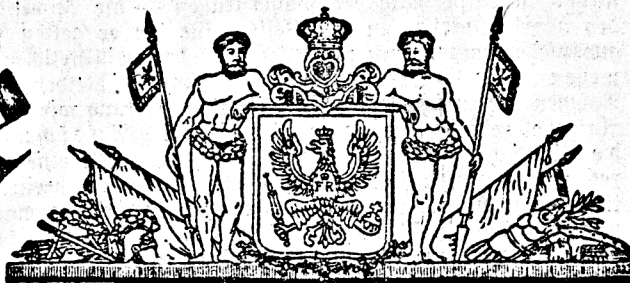


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 60^o/₁₀₀ Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin-SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (in. Ausn. d. Handelst.): I. V.: Dr. Edwards, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Vertrag: Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 680.

Korfantys „diplomatische Erkrankung“.

Abdrücken Frankreichs?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

von Paris, 19. Juli.

Der Intransigant veröffentlicht eine seltsam anmutende Nachricht, der zufolge Korfantys „seit heute Morgen“ krank sei und deshalb laum imstande sein werde, die Interessen, zu deren Wahrung er nach Paris gekommen sei, so eifrig zu verteidigen, wie er es gewünscht hätte.

Der Intransigant sagt an anderer Stelle, Korfantys sei nach Paris gekommen, die Lage in Oberschlesien mit zwei Worten zu charakterisieren: „Entscheidung oder Aufstand.“ Da Korfantys selbst gestern einem Vertreter der Radio-Agentur gegenüber versichert hat, man dürfe die Drohungen einer deutschen Erhebung nicht ernst nehmen, kann nur ein neuer polnischer Aufstand gemeint sein.

So scheint auch das „Journal des Debats“ die Äußerung aufzufassen, das im heutigen Leitartikel sagt, in Oberschlesien werde es sicher zu noch viel schwereren Unruhen als bisher kommen, falls die Verbündeten nicht sofort in einer Entscheidung dafür sorgen, daß ihre Kruppen in Oberschlesien dem Beschlusse des Obersten Rates Achtung zu sichern vermögen. Das Blatt sagt weiter, es sei überzeugt, daß die Engländer nicht zögern würden, einen etwaigen deutschen Angriff niederzuschlagen, und die Franzosen müßten bereit sein, jedem polnischen Vorstoß Widerstand zu leisten. Frankreich solle die Anwesenheit Korfantys in Paris benutzen, um ihm „gebieterische Ratschläge“ im Sinne benutzen, um ihm „gebieterische Ratschläge“ hätten nicht das Recht, Frankreich neuen Komplikationen auszuliefern, und Agitation und Gewalt würden ihren Interessen nicht dienen.

Der Eindruck, daß die Erklärungen Korfantys in maßgebenden Kreisen einen ungünstigen Eindruck gemacht haben, wird bekräftigt

durch die Art, in der der „Temps“ berichtet. Das Blatt erwähnte die Ankunft Korfantys in Paris kurz an entlegener Stelle und bemerkte dazu nur, der „polnische Diktator habe einer Agentur Erklärungen gemacht aus denen sich nichts Neues von Bedeutung ergebe“.

Der „Temps“ versichert, Frankreich wolle die Entscheidung über Oberschlesien keineswegs endlos hinausschieben. Es wünsch jedoch die Entsendung von Verstärkungen, die von dem englischen Oberkommissar Sir Harold Stuart ebenso angefordert seien, wie von General Le Rond. Die obereschlesische Frage habe aber mit den Sanktionen nichts zu tun und müsse völlig gesondert behandelt werden. Der „Temps“ bedauert, daß die englische Regierung ohne Verständigung und Zustimmung des Pariser Kabinetts der deutschen Regierung als Preis für die Annahme des Ultimatums die Aufhebung der Sanktionen in Aussicht gestellt hat und meint, daß die dadurch geschaffene Lage viel dazu beigetragen habe, die deutsch-französischen Beziehungen unsicher zu gestalten. Heute handele es sich besonders um Oberschlesien, wo eine Kriegsmöglichkeit vernichtet werden müsse.

Romreise De Marinis.

Doppel, 19. Juli. (R. F. S.)

General de Marinis, der Vertreter Italiens in der Interalliierten Kommission in Doppel, ist am Montag abend nach Rom abgereist.

Polnische Meuterei in Hohenfalka.

Hohenfalka, 19. Juli. (Z. U.)

Von den hier in Stärke von etwa zwei Regimentern untergebrachten polnischen Aufständischen leistete nur ein kleiner Teil dem Befehl der Waffenablieferung Folge. Beruhigungsversuche mißlingen zunächst; erst nachdem eine Salve abgegeben worden war, wobei zwei Mann getötet und fünfzehn verwundet wurden, konnten die Meuterer entwaffnet werden.

legen, durchblicken, daß die Bedrohung der strategischen Eisenbahnen durch die Griechen ernst zu nehmen sei. Das Blatt tritt dafür ein, daß England sich so lange nicht an dem griechisch-türkischen Kriege beteilige, als es nicht selbst angegriffen werde, und daß es seine Vermittlerdienste nur dann anbiete, wenn man dieselben wünsche.

Keine Rücktrittsabsichten des Reichskabinetts.

Durch das W. T. B. wird erklärt, die neuerdings auftretenden Gerüchte, daß das Reichskabinet zum Rücktritt entschlossen sei, seien unzutreffend. — Die Gerüchte sind durch eine Nachrichtenkorrespondenz untergeordneten Ranges verbreitet und von der ersten politischen Presse nicht weitergegeben worden. Daß der amtliche Dementier-Apparat gegen diese Korrespondenz aufgeboten wurde, ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß von rechtsradikaler Seite zu durchsichtigen innerpolitischen Zwecken immer wieder Meldungen über den bevorstehenden Rücktritt des Kabinetts in der Welt langiert werden, die ausländische Korrespondenten zum Teil kritiklos weitergeben und die im Auslande den Eindruck erwecken, daß die Stellung des Kabinetts Wirth schwer erschüttert sei. In der ausländischen Presse gibt dies Veranlassung zu Hinweisen, daß das Kabinet Wirth sich gegenüber der Agitation von rechts nicht zu halten vermöge, und daß der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland gegenüber schärfstes Mißtrauen geboten sei. Wie schließlich das auf die außenpolitische Lage zurückwirkt, bedarf keiner näheren Ausführung.

Die Finanzierung der Getreide-Einfuhr.

Englischer 3-Millionen-Pfund-Kredit.

Wie haubtmäßig mitgeteilt wird, ist in den letzten Tagen von der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel mit Zustimmung des Reichsernährungsministeriums und des Reichsfinanzministeriums ein Abkommen mit einer größeren Gruppe großer englischer Bankhäuser (u. a. Baring, Kleinwort, Morgan, Rothschild, Schröder) getroffen worden, nach welchem der Einfuhrgesellschaft ein Kredit in der Höhe von zunächst drei Millionen Pfund Sterling in der Weise zur Verfügung gestellt wird, daß für die zu tätigenen Brotgetreide-Einfuhren von Uebersee die Verschiffer auf die genannten Banken Wechsel mit viermonatiger Laufzeit ziehen. Auf diese Weise können die noch erforderlichen Mengen Brotgetreide im Auslande zu recht günstigen Bedingungen erworben werden.

Erziehungstarife.

Von

Dr. W. J. Edwards.

Die Aufgabe der Dezentralisierung und Rationalisierung des Eisenbahnnetzes des Reiches ist teils eine Personalfrage, zu einem wesentlichen Teile aber auch ein wirtschaftlich-technisches Organisationsproblem. Die Wertstättenreform des ehemaligen preußischen Eisenbahnministers Dejer war der wichtigste Schritt auf dem Wege zur Rationalisierung der Wertstätten und Steigerung der Produktivität der Arbeiterschaft der Eisenbahnen. Diese Maßnahme, die von einer Anzahl sachverständiger und willensstarker Mitarbeiter Dejers nach dem Uebergange der Staatseisenbahnen auf das Reich überall da fortgeführt oder verbessert wurde, wo das Reichsverkehrsministerium überhaupt in der Lage ist, durchgreifen zu können, bedarf der Ergänzung in Bezug auf Verwendung und Erweiterung der Abfertigungsanlagen — insbesondere auf den großen Güterbahnhöfen — und des rollenden Materials.

Solange die Preussischen Staatseisenbahnen, wie vor dem Kriege, ein wohlhabendes Ueberseehausunternehmen waren, bestand das Bestreben bei den Verkehrsinteressenten, vertreten durch die den einzelnen Produktionszweigen nahe stehenden parlamentarischen Parteien, von Jahr zu Jahr in steigendem Umfange auf Bergförderung der Güterbahnhöfe und des Fuhrparks zu drängen. Unausgesprochen bestand der Wunsch im Parlament, den gesamten Verkehrsapparat darauf anzulegen, den höchsten denkbaren Spitzenanforderungen reibungslos gerecht zu werden. Die Preussische Staatseisenbahnverwaltung hat diese Wünsche in weitgehendem Maße, aber doch nicht bis zur letzten Konsequenz erfüllt. In den letzten Jahren vor dem Kriege hat es mehr als einmal während kurzer Zeiten Güterwagenmangel gegeben. Während und nach dem Kriege ist der Verkehrsapparat, der vor dem Kriege den Anforderungen normaler Wirtschaftsjahre leicht gerecht wurde, stark heruntergewirtschaftet worden. Mit anerkannter Entschlossenheit ist man schon im Jahre 1919 im Bereiche der Staatseisenbahnverwaltung der Länder an die Ausbesserung dieser Schäden herangegangen. Das mitgenommene Material wurde teils durch neues ersetzt, teils wurde es in den Staatswerkstätten und den Wertstätten der Industrie gründlich durchrepariert. Nachdem die schwersten Kriegsschäden beseitigt sind und das deutsche Wirtschaftsleben nach Ueberwindung des künstlichen Aufschwunges nach dem Kriege einem gesünderen Beharrungszustande entgegengeht, wird das Problem akut, auf welche Verkehrsleistungen das reorganisierte Eisenbahnwesen des Reiches einzustellen ist. Die Verkehrsinteressenten, die Vertreter von Handel und Industrie, sind auch heute noch — trotz der veränderten wirtschaftlichen Lage Deutschlands — geneigt, einen Verkehrsapparat zu fordern, der eventuellen Spitzenleistungen in wirtschaftlich besonders günstigen Jahren voll zu entsprechen vermag. Vertreter einer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die darauf abzielt, die Lasten des Friedensvertrages und die allgemeinen Staatslasten für alle Bevölkerungsschichten und alle Produktionszweige so wenig schädigend wie möglich zu gestalten, beantworten die Forderung der Verkehrsinteressenten mit der Gegenforderung, auch das Verkehrswesen und insbesondere die kostspieligen Eisenbahnen wie jedes andere Unternehmen einer rationalen Betriebsweise zu unterstellen. Rationelle Betriebsweise im Verkehrswesen und anderwärts verträglich sich aber nicht mit einem Mittelaufwand, der erfahrungsgemäß während des größeren Teiles der Betriebszeit brach liegt, Zinsen und Unterhaltungskosten frist und den überreichlich bedachten Personalet noch weiter belastet.

Da es für das Reich in den nächsten Jahrzehnten finanzpolitisch nicht möglich ist, Verkehrsflugs zu treiben, andererseits aber der dadurch bedingte knappe Zuschnitt des Verkehrsapparates doch nicht zu einer Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands führen darf, muß nach einem Auswege gesucht werden, der ermöglicht, mit einem vernünftig beschränkten Verkehrsapparat die zu erwartenden normalen Verkehrsansprüche zu bewältigen. Wie die Lösung der zahlreichen wirtschaftspolitischen Fragen, die sich aus der ökonomischen Umgestaltung Deutschlands ergeben, erfordert auch der Ausgleich des oben geschilderten Gegensatzes zwischen Anspruch und Leistungsfähigkeit im Verkehrswesen das Beschreiten neuer Wege und die Formulierung neuer Gedanken.

Bege dazu weisen verkehrspolitische Studien und Vorschläge der Volkswirte und Verkehrsachverständigen der Vereinigten Staaten. Den unmittelbaren Anlaß zu diesen Arbeiten bilden die kontraktlichen Verhältnisse in der Tarifquote der Interstate Commerce Commission im Jahre 1905. Bei diesen Verhandlungen ist zum Entgegen der Tariffachverständigen aller Kontinente der Vorschlag in die Debatte geworfen worden, vom starren zum beweglichen Tariffschema überzugehen. Der Vorschlag hat, da man seinerzeit in Amerika noch im vollen Kampfe

Bonomi und die Parteien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

von Rom, 19. Juli.

Bonomis Antrittsrede brachte keine Ueberraschung, zeigte aber die tiefgreifende Wirkung der unsicheren Majorität, die jeder Koalitionsregierung das Leben erschwert. Nach außen durch Beobachtung der vertraglichen Verpflichtungen leichte Bewegung nach rechts, nach innen Komplimente für das Zentrum und Annäherungsversuche ebenfalls nach rechts durch die Zulage einer Korrektur des Gesetzentwurfs zur Einziehung der Kriegsgewinne.

Die Brücke nach links wurde durch das Versprechen geschlagen, daß der Staat nunmehr den Fasziisten etwas auf die Finger sehen wolle. In der Tat zeigte sich die Rechte verführter, während die Linke in die Opposition gegangen ist. „Worte für die Linke, Taten für die Rechte“, so tut der „Ananti“ das Kabinet ab.

Präsident Masarini ist heute vom König zum Frühstück eingeladen worden und vom Außenminister zu einer längeren Besprechung zurückgehalten worden.

Wien, 19. Juli.

Zwischen dem österreichischen Bundeskanzler und dem neuen italienischen Minister des Auswärtigen, Marchese della Torretta, fand ein Depeschenwechsel statt. Torretta erklärte, daß die italienische Regierung nach Möglichkeit trachten werde, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Oesterreichs zu fördern.

Der Fortgang der griechischen Offensive.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

von Athen, 18. Juli.

Die Ankündigung des Ministerpräsidenten Gounaris, daß die griechische Armee Rjutahia genommen habe, rief unbeschreibliche Begeisterung in der Nationalversammlung hervor, die sich darauf auf morgen vertagte.

Paris, 19. Juli. (E. E.)

Nachdem die Griechen Rjutahia zurückerobert haben, rücken sie auf Estlihehiv vor.

„Daily Chronicle“ meint, zwar sei die griechische Offensive noch nicht entschieden, doch lasse die Furcht, die die Türken an den Tag